sich auf solche Maßnahmen, die zu unserer Sicherheit und zur Herstellung wahrhaft freundschaftlicher Beziehungen mit Finnland nötig sind.

Die Sowjetregierung habe ursprünglich Finnland den Abschluß eines Beistandspaktes nahegelegt auf einer ähnlichen Grundlage wie die mit den baltischen Staaten abgeschlossenen Verträge. Die finnischen Unterhändler hätten jedoch die Ansicht vertreten, daß dies mit dem Grundsatz der absoluten Neutralität Finnlands nicht vereinbar sei. Die Sowjetregierung habe daraufhin, wie Molotow nunmehr bekanntgab, nicht auf ihrem ersten Vorschlag bestanden. Sie habe ihre Vorschläge beschränkt auf die Uebergabe einiger Inseln des Finnischen Meerbusens und auf den Vorschlag, die Landgrenze nördlich von Leningrad „um ein paar Dutzend Kilometer nach Norden vorzuschieben". Im Austausch dafür habe die Sowjetregierung Finnland einen zweimal so großen Distrikt im Gebiet von Sowjetkarelien angeboten.

Weiter habe die Sowjetregierung vorgeschlagen, ein kleines Stück finnischen Territoriums an der Ausfahrt aus dem Finnischen Meerbusen zur Benutzung als Marinebasis durch einen Pakt zu erwerben. Dieser Stützpunkt solle für die Sowjetunion in Ergänzung der der estnischen Küste gegenüberliegenden Basis Baltisch-Port die volle Sicherheit im Finnischen Meerbusen garantieren und würde damit zugleich auch den Interessen der Verteidigung der finnischen Küste entsprechen.

Molotow deutete an, daß in dieser letzteren Frage bis jetzt noch kein-- Einvernehmen mit der finnischen Regierung erzielt worden sei. Trotzdem habe die Sowjetregierung sich zu einer Reihe weiterer Zugeständnisse bereit erklärt. Sie habe z. B. in der Frage der Befestigung der Aalandsinseln, die Finnland besonders am Herzen liege, ihre grundsätzlich ablehnende Stellungnahme zurückgenommen für den Fall, daß Finnland selbst die Befestigung durchführe und kein dritter Staat daran teilnehme, sofern auch die Sowjetunion nicht beteiligt sei. Weiter habe die Sowjetunion eine Aufhebung ihrer Grenzbefestigungen in Aussicht gestellt, eine Reihe striktester Garantien für die exakte Durchführung ihrer Vorschläge sowie die Herstellung von für beide Seiten vorteilhaften wirtschaftlichen Beziehungen.

„Wir können nicht annehmen, daß Finnland sich weigern wird, unsere Vorschläge anzunehmen",

so sagte der Außenkommissar. Er befürchte, daß eine Ablehnung der sowjetrussischen Pläne für Finnland mit ernsthaften Nachteilen verbunden sein könne und hoffe nur, daß die finnischen regierenden Kreise sich nicht dazu entschlössen und sich durch gewisse „äußere Einflüsse" gegen die Sowjetunion aufstacheln ließen. Bei einigem guten Willen werde es Finnland nicht schwer fallen, den minimalen sowjetrussischen Wünschen entgegenzukommen, deren Verwirklichung eine dauernde Basis für freundschaftliche politische und wirtschaftliche Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Finnland verspricht.

Im Zusamenhang mit der finnischen Frage habe, wie Molotow weiter ausführte,

der Präsident der Vereinigten Staaten, Herr Roosevelt, es für nötig erachtet, sich in die Fragen der sowjetisch-finnischen Beziehungen einzumischen.

Roosevelt habe am 21. Oktober ein Telegramm an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet, Kalinin, gerichtet, worin er seine Wünsche für die „Unabhängigkeit" von Finnland bekundet habe. In Moskau hat, wie Molotow ironisch bemerkte, die Botschaft Roosevelts um so größeres Befremden erregt, als der amerikanische Präsident offenbar über seinen Sorgen um die „Unabhängigkeit" Finnlands ihm näherliegende Fragen wie die „Unabhängigkeit" Kubas oder der Philippinen vergessen habe!

Trotzdem habe Kalinin Herrn Roosevelt geantwortet, gerade die Sowjets könnten erwidern, daß gerade die Sowjetunion die Unabhängigkeit Finnlands zur Grundlage ihrer Beziehungen zu diesem ihrem Nachbarstaat gemacht habe, und daß nichts anderes als die Festigung der Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zur Sicherheit der Sowjetunion und Finnlands den Gegenstand der gegenwärtigen Verhandlungen bilde. Im Anschluß daran sprach Molotow über die

Beziehungen der Sowjetunion zur Türkei.

Die ursprüngliche Absicht der Sowjetunion in den letzten Verhandlungen mit der Türkei habe darin bestanden, einen auf das Schwarze Meer und auf die Meerengen begrenzten Beistandspakt mit der Türkei abzuschließen. Da die Sowjetunion, entsprechend ihrer Freundschaftspolitik gegenüber dem Deutschen Reich, in keinem Fall auch nur die Möglichkeit eines Konfliktes zulassen wollte, habe sie der Türkei vorgeschlagen, die Meerengen für die Kriegsschiffe aller Staaten, mit Ausnahme der Uferstaaten des Schwarzen Meres, zu sperren. Die Türkei habe jedoch angeblich auf Grund ihrer bereits gegenüber den Westmächten übernommenen Verpflichtungen, diese Vorschläge abgelehnt. Dennoch habe der Meinungsaustausch mit der Türkei viel beigetragen zur Klärung der beiderseitigen politischen Standpunkte.

Die Türkei habe freilich dadurch, daß sie die Bindung ihres Schicksals an die Kriegspolitik der Westmächte einer Neutralitätspolitik vorgezogen habe, eine ernste Entscheidung auf sich genommen. Es werde sich noch zeigen, so meinte Molotow, ob die Türkei diesen Schritt nicht später zu bedauern habe.

Die Sowjetregierung werde jedenfalls sorgfältig die Ereignisse in dieser Gefahrenzone weiter beobachten und werde insbesondere im Bereich des Schwarzen Meeres eine Politik verfolgen, die ihren Interessen und den Interessen der ihr befreundeten Völker entspreche.

Weitreichende weltpolitische Bedeutung kommt ferner den Ausführungen zu, die Molotow anschließend über die

Beziehungen der Sowjetunion zu Japan machte. Molotow glaubt eine fühlbare Besserung der sowjetrussisch-japanischen Beziehungen feststellen zu können,

die zu der Hoffnung auf eine weitere Entwicklung berechtigte. Im Augenblick sei — nach der Beilegung des letzten Grenzkonflikts — die Bildung einer gemischten sowjetisch-japanischen Grenzkommission auf der Tagesordnung, der die Entscheidung einer Reihe von strittigen Fragen übertragen werden müsse. Bei einigem guten Willen müsse dabei ein positives Ergebnis zu erwarten sein.

In weiterer Perspektive stehe die Frage der

Neuordnung der japanisch-sowjetischen Handesbeziehungen,

die den Interessen beider Staaten dienen könnte. Freilich sehe man in Moskau noch nicht klar, in welcher Form diese Frage geregelt werden könnte und ob die in Tokio bestehenden politischen Voraussetzungen dafür schon günstig genug seien. Die Moskauer Regierung jedenfalls verhalte sich grundsätzlich positiv zu den mit einer Verbesserung ihrer Beziehungen zu Japan zusammenhängenden Fragen.

Zum Schluß seiner Rede wies Molotow nachdrücklich auf die Bedeutung der erst vor wenigen Tagen veröffentlichten Antwort der Sowjetregierung auf die britischen Bannqutbestimmungen hin. Die Sowjetunion könne nicht zulassen, so sagte er, daß der Krieg infolge der völkerrechtwidrigen britischen Konterbandebestimmungen auch gegen Frauen, Kinder und Greise geführt werde. Die Sowjetregierung sei vielmehr im Gegenteil bestrebt, den Krieg abzukürzen und die Schrecken des Krieges von der Zivilbevölkerung fernzuhalten.

Im Zusammenhang mit dem Beschluß des amerikanischen Senats, das Waffenembargo für die Vereinigten Staaten aufzuheben, äußerte Molotow gewisse Befürchtungen und Zweifel. Auch diese Maßnahme sei nach Ansicht der Sowjetregierung nicht dazu geeignet, die Beendigung des Krieges herbeizuführen, sondern könne zu einer Verschärfung und weiteren Ausdehnung des europäischen Krieges führen.

Damit beschloß Molotow seinen außenpolitischen Bericht, der von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurde. Die Tatsache, daß Molotow es überhaupt nicht für nötig fand, die Beziehungen der Sowjetunion zu England und Frankreich zu erwähnen, fand stärkste Beachtung.

Nach der Rede Molotows nahm der Oberste Sowjet, unter Verzicht auf eine Diskussion, folgende Resolution an: „Der Oberste Sowjet beschließt auf Grund des Berichts des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare und Außenkommissars Molotow über die auswärtige Politik der Sowjetregierung, die auswärtige Politik der Regierung gutzuheißen."

Darauf wurde die Abendsitzung des Obersten Sowjet für beendet erklärt. Zur Beratung der weiteren Punkte der Tagesordnung wird am Mittwoch, 18 Uhr, Ortszeit, eine weitere Sitzung stattfinden.

Regierungsumbildung in Italien

Ueblicher „Ablösung der Wache" — Keine Kursänderung in der Politik

Die italienische Regierung ist nach einer amtlichen Bekanntgabe aus Rom umgebildet worden. Die Veränderungen werden in unterrichteten römischen Kreisen als die im faschistischen Regime übliche Ablösung der Wache bezeichnet, die an der bekannten Politik des Duce nichts ändern wird.

Die bisherigen Unterstaatssekretäre Ternzzi für Italienisch-Ostafrika, Ricci im Korporationsministerium, Riccardi für Devisenbewirtschaftung, Tassinari für Ackerbau, Host-Venturi im Verkehrsministerium, wurden zu Ministern ernannt und übernehmen die Leitung der entsprechenden Ministerien. Das Ministerium für Volksbildung übernimmt Pavolini, bisher Präsident des faschistischen Verbandes für die freien Berufe. Minister Alfieri wurde unter Vorbehalt seiner Bestimmung zum Botschafter befördert. Im Kriegsministerium traten an Stelle des Unterstaatssekretärs General Pariani Marschall Graziani als Generalstabschef des Heeres und General Soddu als Unterstaatssekretär. Im Luftfahrtministerium trat an Stelle des bisherigen Unterstaatssekretärs General Valle General Pricolo als Unterstaatssekretär und Generalstabschef der Luftfahrt. Im Marineministerium treten keine Veränderungen ein.

Außerdem ist Parteisekretär Staracе zurückgetreten. An seine Stelle tritt der Generalkonsul der Faschistischen Miliz, Muti. Starace tritt an die Stelle des bisherigen Generalstabschefs der Faschistischen Miliz, General Russo, der als Unterstaatssekretär in die Präsidialkanzlei kommt.

Der neue Parteisekretär Ettore Muti wurde am 22. Mai 1902 in Ravenna geboren, nahm als Freiwilliger am Weltkrieg teil und zeichnete sich später bei zahlreichen Unternehmungen der Faschistischen Partei aus, der er bereits im November 1919 beitrat und für die er sich trotz mehrerer Verwundungen und gerichtlicher Verurteilungen leidenschaftlich einsetzte. Muti nahm als freiwilliger Fliegeroffizier am gesamten Feldzug in Ostafrika teil und ging mit den ersten italienischen Freiwilligen als Flieger nach Spanien, wo er bis zum Endsieg blieb. Nach Italien zurückgekehrt, nahm er an der Besetzung Albaniens teil und wurde am 15. August d. J. zum Leiter der Faschistischen Auslandsorganisation ernannt. Ettore Muti ist Mitglied des Nationalrates der Faschistischen Partei und der Faschistischen und Korporativen Kammer sowie Inhaber zahlreicher italienischer und spanischer Kriegsauszeichnungen.

Keine Aenderung der Politik Italiens

Jüngere Kräfte an die Front

Zum Umbildung der italienischen Regierung und zur Umbesetzung einiger wichtiger Posten der Wehrmacht und der Partei erklärt man in italienischen politischen Kreisen, daß dies durchaus den Prinzipien des Faschismus entspreche und am besten als „Ablösung der Wache" charakterisiert werden könne. Die faschistische Politik befolge auf allen Gebieten die einzig vom Duce festgelegten Richtlinien, so daß in einem totalitären Staat wie im faschistischen Italien eine Regierungsumbildung zu keiner jener Mutmaßungen und Deutungen Anlaß geben könne, die ein solches Ereignis in demokratischen Staaten auszulösen pflege.

Die Umbildung könne in der Tat nicht das Ueberhandnehmen der einen oder anderen Strömung ermöglichen, noch viel weniger irgendeinen Wechsel der allgemeinen politischen Richtlinien ankündigen. Es handele sich vor allem um die Besetzung einiger Posten mit jüngeren Kräften, von denen zahlreiche lediglich von einem auf den anderen Posten versetzt worden seien. An die ausscheidenden Minister habe der Duce persönliche Handschreiben gerichtet, in denen er seine Anerkennung für die von ihnen geleistete Arbeit zum Ausdruck gebracht habe.

„Die Ablösung der Wache" werde also keinerlei Aenderung der bisherigen Richtlinien mit sich bringen. Das gelte für die Innen- wie für die Außenpolitik. Graf Ciano werde auf seinem Posten als Außenminister fortfahren, diesen Richtlinien entsprechend zu handeln.

Zwecklügen der Feindpropaganda

Lächerliche Versuche zur Tröstung des Volkes. Phantastische Angaben über deutsche Verluste.

Da die Westmächte an den Kriegsfronten keine Erfolge verzeichnen und damit die Kriegsmüdigkeit in der Bevölkerung nicht aufpulvern können, so nimmt ihre Propaganda in verstärktem Maße Zuflucht zu dreisten Zweclügen. Die phantasiebegabten Lügenfabrikanten in London und Paris operieren dabei neuerdings vor allem mit Phantasiezahlen über deutsche Verluste zu Lande und zur See. Auf diese nicht gerade sehr faire Weise will man die eigene Schwäche verdecken und infolgedessen trügerische Hoffnungen nähren.

Die französische Propaganda ist vor allen Dingen bemüht, die Beunruhigung im französischen Volke über die Zurücknahme der französischen Truppen an der Westfront zu beschwichtigen. Diesem Zweck dienen vor allen Dingen die Behauptungen von großen deutschen Verlusten an der Westgrenze. Der französische Heeresbericht versteigt sich sogar zu der Behauptung, daß die deutschen Verluste allein am 16. und 17. Oktober 2000 bis 3000 Mann an Toten und Verwundeten betragen hätten.

Demgegenüber ist auf den zusammenfassenden Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht über die Kampfhandlungen an der Westfront zu verweisen, der festgestellt hat, daß die deutschen Gesamtverluste an der Westfront von Kriegsbeginn bis zum 17. Oktober 196 Tote, 356 Verwundete, 114 Vermißte und 11 Flugzeuge betragen haben. Seit Veröffentlichung dieses Berichts haben diese Zahlen keine nennenswerte Aenderung erfahren. Die Schätzung des französischen Heeresberichtes ist also eine reine Phantasie, wie sie in der Propaganda der Westmächte Blüten treibt. Dasselbe gilt auch von den von den Feindmächten angegebenen deutschen Flugzeugverlusten, die eine mehrfache Multiplikation der wahren Verluste darstellen.

Erdichtete U-Boot-Verluste

Genau so wie mit den französischen Lügenmeldungen verhält es sich mit den englischen Meldungen über die Verluste der deutschen Kriegsmarine. Schon am 17. Oktober stellte das Londoner Reuterbüro die lächerliche Behauptung auf, daß etwa ein Drittel der deutschen U-Boote versenkt oder zumindest ernstlich beschädigt worden sei. Inzwischen sind von englischer und französischer Seite mehrfach einzelne Verluste deutscher U-Boote gemeldet worden.

Demgegenüber ist die Tatsache festzustellen, daß die deutschen Verluste sich in sehr geringen Grenzen halten. Es muß, wie bereits amtlich bekanntgegeben worden ist, mit dem Verlust von drei U-Booten auf Grund ihres langen Ausbleibens gerechnet werden. Alles andere ist Lüge.

Englands Giftgaslügen entlarvt

In mehreren amtlichen Verlautbarungen hat die deutsche Presse der Weltöffentlichkeit mitgeteilt, daß in Polen Giftgas gegen die deutschen Truppen verwendet wurde. Gleichzeitig wurde der einwandfreie Nachweis geliefert, daß in allen Fällen dieses Giftgas englischen Ursprungs war. Zunächst beantwortete das englische Lügenministerium diese schweren Anklagen mit inhaltlosen, nichtssagenden Dementis. Als jedoch unter dem Druck der deutschen Beweise die englischen Kriegsführungsmethoden aufs schwerste belastet wurden, griff man in England zum altbewährten Mittel der Lüge und der Verdrehung der Tatsachen. Dabei machte man bezeichnenderweise auch nicht vor der Autorität des Schweizer Professors Staehelin halt.

Nunmehr hat Professor Staehelin selbst das Wort zu den englischen Lügenmeldungen ergriffen und der Presse folgende Erklärung abgegeben:

„Nachdem mein Bericht über die Feststellung von Gasvergiftungen in Polen von deutschen Zeitungen veröffentlicht worden ist, sind irreführende Meldungen darüber gemacht und mir Dinge in den Mund gelegt worden, die ich nicht gesagt habe.

Von den verschiedensten Seiten habe ich Anfragen erhalten, so daß ich die Interpellation im Großen Rat vom 9. November nicht abwarten kann, sondern genötigt bin, schon jetzt eine Erklärung abzugeben. Als mir die Anfrage des deutschen Auswärtigen Amtes übermittelt wurde, Verletzungen durch Kampfgase in Polen festzustellen, hielt ich mich nicht für berechtigt, ablehnend zu antworten. Ich betrachte es als Pflicht des Bürgers eines neutralen Staates, bei der Feststellung der Wahrheit mitzuhelfen, wenn er von einer kriegführenden Partei in seiner Eigenschaft als Sachverständiger aufgefordert wird. Ich habe deshalb, nachdem ich die nötige Erlaubnis von den zuständigen Stellen erhalten hatte, den Auftrag angenommen und

am 20. September in Jaslo bei neun deutschen Soldaten die sicheren Anzeichen von Erkrankungen durch Einwirkung eines Giftes aus der Gelbkreuzgruppe festgestellt.

Die mir in Jaslo gemachten Angaben, daß alle Erkrankten und noch einige andere Soldaten zwölf Tage vorher durch die Explosion der gleichen Gasbombe vergiftet wurden — was ich natürlich nicht selbst festgestellt habe — paßten zur Diagnose der Vergiftung durch Gelbkreuzstoffe im engeren Sinne und zur Diagnose des Alters der Veränderung an der Haut. Meine Feststellungen sind rein medizinischer Art, und ich wurde damit auch nur beauftragt. Weitere Aeußerungen, die ich Pressevertretern gegenüber getan haben soll, sind unrichtig."

Professor Staehelin steht also in selbstverständlicher Weise zu seinem von uns veröffentlichten Gutachten. Wir haben der neuerlichen sachlichen und eindeutigen Feststellung des Schweizer Professors nichts hinzuzufügen, wenn er insbesondere am Schluß seiner Ausführungen betont, keine irgendwie gearteten weiteren Aeußerungen englischen Pressevertretern gegenüber abgegeben zu haben. Es wird den Herren in England bestimmt nicht angenehm sein, durch neutralen autoritären Mund der professionellen Lüge überführt zu werden. Wir können diesen Lügenfabrikanten nur empfehlen, so fortzufahren, weil sie hierdurch am sichersten dazu beitragen, daß der englischen Presse auch der letzte Anschein von wahrheitsgetreuer Berichterstattung nicht genommen wird.

Finnischer Dampfer explodiert

Auf englische Mine gelaufen

Infolge einer Explosion ist der Dampfer „Inno" aus Helsinki am Montag innerhalb von 10 Minuten in der Nordsee gesunken. Er dürfte einer englischen Mine zum Opfer gefallen sein.

Aus unserer Heimat.

Wilsdruff, am 1. November 1939.

Spruch des Tages

Je bequemer der Weg eines Mannes ist, desto weniger leistet er. Je schwerere Aufgaben einem Volk gestellt sind, auf eine desto höhere Stufe steigt ein Volk.

Paul de Lagarde.

Jubiläen und Gedenktage

2. November:

1766: Der österreichische Feldmarschall Josef Wenzel Graf Radetzky in Trzebnitz geboren. — 1846: Der schwedische Dichter Esaias Tegnér in Oestrabo bei Värjö gestorben.

Sonne und Mond:

2. November: S.-A. 6.56, S.-U. 16.30; M.-U. 11.45, M.-A. 20.53

Waffen gegen England

○ Was keiner unserer Feinde hat wahrhaben wollen, hat mit der ersten Reichsstraßensammlung erneut einen unanfechtbaren Tatsachenbeweis gefunden: das deutsche Volk schart sich auch im unblutigen Kampfe einmütig um seinen Führer. Es hat am ersten Sammeltag eine Opferspende aufgebracht, die alle bisherigen Ergebnisse — so eindrucksvoll sie waren — weit in den Schatten stellte. Sie betrug rund 43 Prozent mehr gegenüber der ersten Sammlung des Jahres 1938/39.

Nun ist der zweite Sammelsonntag da. Und wenn er unter dem Zeichen germanischer Schwerter und Dolche steht, die wir an der Brust tragen werden, so liegt darin eine symbolische Verschwörung von besonderer Kraft. Wir kämpfen, rufen diese wehrhaften, kleinen Waffen, wie unsere stolzen Vorfahren, wie alle Deutschen gekämpft haben, wenn ihre Freiheit, ihre Ehre und ihr Recht angetastet wurden. Wir kämpfen — nicht nur der Soldat, der in stolzer Zuversicht die Grenzen des Reiches sichert —, sondern wir alle, die wir uns zu diesem Zeichen bekennen. Niemand wird unter uns sein, der „unbewaffnet" einhergehen mag, wenn der Führer uns zur zweiten friedlichen und unblutigen Schlacht dieses Krieges aufruft.

Nicht wahr, es wird uns leicht gemacht, uns einzureihen in die Armee der Heimat, der anzugehören uns mit demselben Stolze erfüllt wie den Soldaten das Bewußtsein, mit der Waffe in der Hand den Angriff des Feindes abzuschlagen. Wir werfen unser Scherflein in die große Opferschale, wir heften uns ein zierlich-schmückendes Zeichen an, das fleißige Arbeiter in mühevoller Kleinarbeit stanzten und schliffen, und stehen damit als Kameraden in der großen Kampfgemeinschaft, die unsere Mütter und Kinder, die alle in der Heimat Ausharrenden hinter Pflug und Schraubstock vor den unritterlichen Kampfmitteln schützen soll, mit denen der Gegner die Heimat zu zermürben hofft. Das ist der Sinn unserer kleinen Gaben, die im ganzen genommen einen mächtigen Strom helfender Kraft darstellen: unsere Stärke und Entschlossenheit einem Gegner durch die Tat zu beweisen, der sich in selbstgefühlter Ohnmacht nicht genug tun kann mit der schmählichen Verleumdung, das deutsche Volk sei des Kampfes schon jetzt müde.

Mit den Waffen unserer Vorfahren an der Brust wollen wir diese Behauptung Lügen strafen. Die symbolische Kraft dieses friedlichen Waffenganges wird sich erweisen. Zum zweitenmal wird das Kriegswinterhilfswerk für unseren Siegeswillen und für unsere Kampfeskraft zeugen.

Dr. B.-A.

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF